

Antrag : Initiativantrag Nein zu Krieg und Vorbereitung auf Krieg, das lasst uns diskutieren und handeln

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	Britta Brandau (ver.di · Nr. 00381*01)
Status:	eingereicht

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der 23. Ordentliche Bundeskongress des DGB in Berlin 2026 stellt fest, dass die
- 2 barbarische Kriegsentwicklung, die zurzeit weltweit eskaliert, Folgen für die
- 3 arbeitenden Menschen in unserem Land hat.
- 4 Sozialministerin Bärbel Bas warnte am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Duisburg: Der
- 5 Sozialstaat wird „als gewaltiges Problem dargestellt, als nette Geste, auf die man
- 6 endlich verzichten müsste; als Ballast, den das Land nicht mehr leisten kann. Um es
- 7 klar zu sagen: Ich halte das für zynisch, menschenverachtend. Und deshalb müssen wir
- 8 uns dagegen wehren“.
- 9 Die Anstrengungen der Bundesregierung - unter Berufung auf einen bevorstehenden Krieg
- 10 - die Hochrüstung massiv zu fördern und alle gesellschaftlichen Bereiche Deutschlands
- 11 der Militarisierung und Kriegsertüchtigung zu unterwerfen, sind verbunden mit einem
- 12 Kahlschlag gegen alle von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und demokratischen
- 13 Errungenschaften. Das konzentriert sich auf den letzten Frontalangriff auf die
- 14 Gesundheitsver-sorgung und Pflege (Nina Warken), Aushöhlung der gesetzlichen Rente,
- 15 das Arbeitsgesetz, Aufhebung des 8-Stunden-Tages... und nach der Kriegsdienstpflicht
- 16 für die Jugend und die Reservistenmobilisierung der 70-Jährigen.
- 17 Besonders seit Beginn des Krieges in der Ukraine, an dem sich die Bundesregierung als
- 18 Kriegspartei durch Waffenlieferungen und Sanktionen aktiv beteiligt, droht
- 19 Deutschland, das eine Welle der Deindustrialisierung erfasst hat, seine materiellen
- 20 Lebensgrundlagen zu verlieren.
- 21 Der DGB und seine Einzelgewerkschaften wissen aus der eigenen historischen Erfahrung,
- 22 was Krieg für die arbeitenden Menschen bedeutet. Sozialstaat und ein Leben in
- 23 sozialer Sicherheit sind unvereinbar mit Krieg und Kriegspolitik.
- 24 Krieg und Kriegsvorbereitung sind ebenso unvereinbar mit den Grundlagen der in Art. 1
- 25 Grundgesetz festgeschriebenen Unantastbarkeit der Menschenwürde; der in Art. 20
- 26 definierten sozialen und demokratischen Republik. Vor diesem Hintergrund gewinnt der
- 27 Art. 26 eine neue Bedeutung, der die Vorbereitung zur Führung eines Angriffskrieges
- 28 als verfassungswidrig unter Strafe stellt.
- 29 Nicht zuletzt stellen Krieg und Kriegsvorbereitung die Existenz der freien und von
- 30 Staat unabhängigen Gewerkschaften selbst in Frage.
- 31 Deshalb betont der 23. Ordentliche Bundeskongress des DGB seine Verpflichtung aus der
- 32 eigenen Satzung: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften (...) treten für
- 33 eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und
- 34 Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

35 (Satzung des DGB, § 2)

36 Innerhalb unserer Gewerkschaften gibt es zu den unterschiedlichen Fragen
37 unterschiedliche Positionen über die Wege zum Frieden. Wir können uns aber nicht den
38 Fragen durch Schweigen entziehen. Der 23. Ordentliche Bundeskongress des DGB hat über
39 diese Fragen diskutiert. Das ist aber nur ein erster Beitrag zur Eröffnung der
40 Diskussion.

41 Deshalb ruft der 23. Ordentliche Bundeskongress des DGB alle Organe und Mitglieder
42 des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zu einer offenen Diskussion auf: Wie können
43 Gewerkschaften ihren Platz einnehmen im Widerstand gegen Krieg und Vorbereitung auf
44 Krieg durch die Regierung, die besonders die Arbeiter*innen und ihre Familien
45 treffen.